

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Frank Rinck, Stephan Protschka, Peter Felser, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/1865 –**

Düngemittelversorgung und Bezahlbarkeit gewährleisten – Ukrainekriegsfolgen abmildern

A. Problem

Die Fraktion der AfD bittet den Deutschen Bundestag festzustellen, dass die gewaltigen Kostenexplosionen bei landwirtschaftlichen Betriebsmitteln wie Düngemittel, Futtermittel, Treibstoffe und Energie bereits vor Kriegsausbruch in der Ukraine eine schwere Belastung für die heimische Landwirtschaft waren. In den Worten der Antragsteller treiben der Ukraine-Krieg und wegfallende Exporte die Kosten zusätzlich massiv nach oben. Die Antragsteller führen aus, dass das ifo-Institut (München) in diesem Zusammenhang vor Kriegsausbruch in der Ukraine davor gewarnt hat, dass mehr als zwei Drittel der Lebensmittelhersteller in den kommenden Monaten weitere Preisanhebungen planten, wodurch sich die Lebensmittelpreise in Deutschland (für das Jahr 2022) um 7 Prozent gegenüber 2021 verteuern und damit zu einem maßgeblichen Inflationstreiber werden würden.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, sicherzustellen, dass die Düngerproduktion in Deutschland gewährleistet bleibt und auf Ebene der Europäischen Union (EU) im Rahmen der einzelstaatlichen Beihilfen von bis zu 35 000 Euro je landwirtschaftlichem Betrieb zu beantragen, dass Landwirte, die zwischen dem 1. September 2021 und dem 15. Mai 2022 Mineraldünger bezogen haben beziehungsweise noch zukaufen, auf Antrag für bis zu 50 Hektar (ha) ihres Betriebs 100 Euro pro ha Ackerland und 50 Euro pro ha Grünland erhalten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/1865 abzulehnen.

Berlin, den 22. Juni 2022

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Hermann Färber
Vorsitzender

Dr. Franziska Kersten
Berichterstatterin

Max Straubinger
Berichterstatter

Karl Bär
Berichterstatter

Dr. Gero Clemens Hocker
Berichterstatter

Frank Rinck
Berichterstatter

Ina Latendorf
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Franziska Kersten, Max Straubinger, Karl Bär, Dr. Gero Clemens Hocker, Frank Rinck und Ina Latendorf

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 37. Sitzung am 19. Mai 2022 den Antrag der Fraktion der AfD auf **Drucksache 20/1865** an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Wirtschaftsausschuss sowie den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der AfD bittet den Deutschen Bundestag festzustellen, dass die gewaltigen Kostenexplosionen bei landwirtschaftlichen Betriebsmitteln wie Düngemittel, Futtermittel, Treibstoffe und Energie bereits vor Kriegsausbruch in der Ukraine eine schwere Belastung für die heimische Landwirtschaft waren. In den Worten der Antragsteller treiben der Ukraine-Krieg und wegfallende Exporte die Kosten zusätzlich massiv nach oben. Die Fraktion der AfD führt aus, dass am stärksten die Teuerungen bei Mineraldünger sind. So haben sich ihr zufolge mit Verweis auf Angaben eines Informationsportals einer deutschen Börsenzeitschrift u. a. die Preise für Kalkammonsalpeter (KAS) innerhalb von einem Jahr um fast 300 Prozent auf knapp 1 000 Euro je Tonne (t) erhöht sowie auch Phosphat- und Kalidünger deutlich verteuert.

Experten gehen gemäß der Fraktion der AfD mit Verweis auf ein Agrar-Presseportal davon aus, dass diese Dynamik in der Düngemittelindustrie in den nächsten ein bis zwei Jahren anhalten könnte und der tatsächliche Zeitrahmen von der Dauer und dem Ausgang des Krieges sowie von den laufenden Sanktionen abhängt. Die Antragsteller führen aus, dass das ifo-Institut (München) in diesem Zusammenhang vor Kriegsausbruch in der Ukraine davor gewarnt hat, dass mehr als zwei Drittel der Lebensmittelhersteller in den kommenden Monaten weitere Preisanhebungen planen, wodurch sich die Lebensmittelpreise in Deutschland (für das Jahr 2022) um 7 Prozent gegenüber 2021 verteuern und damit zu einem maßgeblichen Inflationstreiber werden würden.

Die Fraktion der AfD erklärt, dass für eine Entspannung dieser Lage auch die hohen Betriebsmittelkosten wieder drastisch gesenkt werden müssen. Trotz der nach Angaben der Antragsteller hohen Getreidepreise (für Erzeuger) lohnt sich ihnen zufolge derzeit der Kauf des teuren Mineraldüngers für Landwirte derzeit nicht. Die Fraktion der AfD verweist auf die Aussage des Deutschen Bauernverbandes (DBV), dass, wenn die Situation so unverändert bleibt, im Jahr 2023 mit Ertragsrückgängen von bis zu 40 Prozent in Deutschland zu rechnen und die Versorgung mit ausreichend Getreide ernsthaft gefährdet wäre. Aus Sicht der Antragsteller müssen deshalb die langfristige Sicherstellung der Versorgung mit Düngemitteln sowie die Unterstützung der heimischen Landwirtschaft mit Düngemittelzuschüssen hohe Priorität haben.

Außerdem müssen für sie die bedarfsgerechte Versorgung der Pflanzen mit Nährstoffen nach guter fachlicher Praxis ausnahmslos auf allen Flächen gewährleistet werden. Die Fraktion der AfD erklärt, dass pauschale Düngere restriktionen im Rahmen der Düngeverordnung, wie z. B. die Auflage, dass in von ihr bezeichneten sogenannten nitratbelasteten Gebieten nur 20 Prozent unterhalb des tatsächlichen Pflanzenbedarfes gedüngt werden darf, Getreideerträge und -qualitäten und damit die Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln gefährden.

Mit dem Antrag der Fraktion der AfD soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

1. sicherzustellen, dass die Düngerproduktion in Deutschland gewährleistet bleibt;
2. auf Ebene der Europäischen Union (EU) im Rahmen der einzelstaatlichen Beihilfen von bis zu 35 000 Euro je landwirtschaftlichem Betrieb zu beantragen, dass Landwirte, die zwischen dem 1. September 2021 und dem 15. Mai 2022 Mineraldünger bezogen haben beziehungsweise noch zukaufen, auf Antrag für bis zu 50 Hektar (ha) ihres Betriebs 100 Euro pro ha Ackerland und 50 Euro pro ha Grünland erhalten;

3. auf nationaler Ebene sicherzustellen, dass das „EU-Nitratmessnetz“ so ausgebaut wird, dass es engmaschig und fachlich geeignet ist und dafür insbesondere die Messstellendichte und die Anzahl der Messungen deutlich zu erhöhen;
4. sicherzustellen, dass Betriebe, die nachweislich ordnungsgemäß und wasserschonend wirtschaften, von den Auflagen, die für nitratbelastete Gebiete („rote Gebiete“) gelten, befreit sind.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 20. Sitzung am 22. Juni 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1865 abzulehnen.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat in seiner 13. Sitzung am 22. Juni 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1865 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat in seiner 13. Sitzung am 22. Juni 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1865 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag auf Drucksache 20/1865 in Verbindung mit dem Antrag der Fraktion der AfD „Welthunger ideologiefrei bekämpfen – Stilllegungsflächen und ökologische Vorrangflächen für Nahrungs- und Futtermittelproduktion freigeben“ auf Drucksache 20/1346 in seiner 12. Sitzung am 22. Juni 2022 abschließend beraten. Hinsichtlich der Wortbeiträge der Fraktionen wird auf Beschlussempfehlung und Bericht zu der Drucksache 20/1346 verwiesen.

2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/1865 abzulehnen.

Berlin, den 22. Juni 2022

Dr. Franziska Kersten
Berichterstatterin

Max Straubinger
Berichterstatter

Karl Bär
Berichterstatter

Dr. Gero Clemens Hocker
Berichterstatter

Frank Rinck
Berichterstatter

Ina Latendorf
Berichterstatterin

